

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1931

14.8.1931 (No. 187)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsriedrich-
Straße Nr. 14
Karlsruhe
Nr. 954
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 3515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
G. Kienb,
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3,25 RM, einjährig 32,50 RM, einsemestrig 16,25 RM. — Einzelnummer 10 Pf.; Samstag 15 Pf. — Anzeigengebühr: 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreduzierter Rabatt, der als Kassenrabatt gilt und herabgesetzt werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsriedrich-Straße 14, zu senden und werden in Bereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Stagerhebung, zwangsweiser Vortreibung und Konturüberfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Abonnent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Druckfächer und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsabschluss erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandbuchsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Die wirtschaftspolitischen Maßnahmen

Aussprache im Reichsrat

Die vereinigten Ausschüsse des Reichsrats, denen sämtliche Reichsratsmitglieder angehören, traten am Donnerstagvormittag in Berlin zu einer Sitzung zusammen, der auch Reichskanzler Dr. Brüning beiwohnte. Bei der Sitzung handelte es sich um eine auf den Wunsch der Länder, die auch zum großen Teil durch ihre Ministerpräsidenten vertreten waren, veranlassete Aussprache. Diese Aussprache betraf die von der Reichsregierung in den letzten Wochen getroffenen wirtschaftspolitischen Maßnahmen und beschäftigte sich insbesondere auch mit der finanziellen Lage der Gemeinden.

An der Aussprache beteiligten sich nach dem Bericht des Reichskanzlers auch der bayerische Ministerpräsident Dr. Heß und der Reichsfinanzminister Dr. Dietrich. Es wurde auf die große Notlage hingewiesen, in der sich viele deutsche Gemeinden befinden. Einzelheiten für den Plan einer Reform der Gemeindeverhältnisse wurden von der Reichsregierung nicht mitgeteilt; doch wurde erklärt, daß auf die Hauszinssteuer nicht verzichtet werden könne, da ein Ersatz dafür zur Zeit nicht gegeben sei. Von den Vertretern der Reichsregierung und der Länder wurde betont, daß alleräußerste Sparmaßnahme nicht werden müßte, zumal auf eine große Auslandsanleihe aus den schon früher angeführten Gründen nicht gerechnet werden kann. Die Sparmaßnahmen könnten auch an den Bezügen der Beamten und Angestellten nicht vorbeigehen, wobei freilich die Gehälter der unteren Beamten geschützt werden müßten. Die Vereinstellung von Reichsmitteln für die Sanierung von Großbanken sei notwendig gewesen, um Zusammenbrüche mit für die Allgemeinheit verhängnisvollen wirtschaftlichen Folgen zu verhüten.

W.B. Berlin, 14. Aug. (Priv.-Tel.) Die Meldung verschiedener Blätter, in der gestrigen Sitzung der vereinigten Reichsratsausschüsse sei eine Kommission der Regierung von Sachverständigen und Vertretern der Länder eingesetzt worden, die einen Ausgleich zwischen dem Status des Reiches, der Länder und der Gemeinden vorbereiten soll, ist, wie wir von unterrichteter Seite erfahren, unzutreffend.

Das Sanierungsprogramm des Deutschen Städtetages

Der Präsident des Deutschen Städtetages, Dr. Mulert, gab am Donnerstag in Berlin in einer Pressebesprechung einen Überblick über das vom Deutschen Städtetag vorgeschlagene Sanierungsprogramm.

Die Gemeinden hätten in immer stärkerem Maße Einsparungen vorgenommen. Diese Einsparungen hätten im Jahre 1930 gegenüber dem Vorjahre etwa 400 Millionen Reichsmark, im Jahre 1931 gegenüber 1930 weiterhin rund 450 Millionen gebracht. Gleichwohl sei im Jahre 1930 ein restlicher Fehlbetrag von 420 Millionen Reichsmark verblieben. Für das laufende Jahr müsse der Fehlbetrag auf 800 Millionen Reichsmark beziffert werden. Der Fehlbetrag sei allein auf den Mehraufwand für die Wohlfahrtsverbandslosenfürsorge zurückzuführen. Dazu sei für den Rest des Haushaltsjahres eine größere Verschlechterung der wirtschaftlichen Verhältnisse zu befürchten.

Ein Ausgabenabbau wäre aber nur dann erträglich, wenn er nach einem wohlüberlegten Plan erfolge, so daß die Lebensnotwendigkeiten des Volkes nicht gefährdet würden. Voraussetzung hierfür bleibe ein einheitliches und von gleichen Gesichtspunkten getragenes Vorgehen auch in Reich und Ländern. Was Schule und Bildung anbetreffe, müßte das Ziel in der Volksschule eine vorübergehende weitere Erhöhung der Frequenzen sein. Auch bei den übrigen Schularten seien entsprechende Maßnahmen notwendig. Auch in der Bauwirtschaft werde ein stärkerer Abbau folgen. Die Überweisung öffentlicher Mittel für den Wohnungsbau im bisherigen Ausmaß könne nicht mehr verantwortet werden. Was das Wohlfahrtswesen anbetreffe, ließe sich die Sonderstellung einzelner Fürsorgegruppen nicht mehr aufrechterhalten; auch müßte alles Einkommen bei der Bemessung der Unterstützung berücksichtigt werden. Auf dem Gebiete des Gesundheitswesens müsse versucht werden, schwere Schädigungen bei dem Abbau zu vermeiden. Trotzdem werde man nicht ohne entscheidende Eingriffe auskommen können. Selbstverständlich müßte auch der allgemeine Verwaltungsaufwand möglichst verringert werden.

Diese Maßnahmen müßten aber zugleich auf einer Verwaltungsreform basieren und könnten nur in Zusammenarbeit mit Reich und Ländern durchgeführt werden. Das finanzielle Ergebnis der vorgeschlagenen Abbaumaßnahmen errechnete der Vorstand des Deutschen Städtetages für den Rest des Haushaltsjahres 1931/32 für alle Gemeinden und Gemeindeverbände auf 250 bis 300 Millionen Reichsmark. Da dieses Ergebnis aber zur Ausgleichung des Fehlbetrages nicht ausreichte, seien weitere Maßnahmen, vor allem des Reiches, erforderlich. Was die Frage eines weiteren Abbaues der Gehälter und Löhne anbetreffe, dürfe den Beamten kein weiteres Sonderopfer zugemutet werden; vielmehr müßten alle Gehalts- und Lohnempfänger durch Beiträge die Möglichkeit geben, erwerbslos gewordene Volksgenossen in Versicherung und Fürsorge zu erhalten. Gleichzeitig müsse eine starke Senkung des Niveaus der Lebenshaltungskosten gefordert werden. Reich und Länder müßten sich weiter an den Kosten der Arbeitslosigkeit beteiligen.

Eine Reichshilfe von 80 bis 100 Millionen Reichsmark sei erforderlich, um für den laufenden Monat die notwendigen Zahlungen, insbesondere die Unterstützungen für die nächsten Wochen, sicherzustellen. Besonders wichtig sei in diesem Zusammenhang die Behandlung der kurzfristigen Kredite der Gemeinden. Angesichts der internationalen Verhandlungen, die auf ein Stillhalteabkommen für die deutsche Wirtschaft abzielten, müßte das Verlangen auf entsprechende Behandlung der kurzfristigen Kommunalkredite seitens aller inländischen Stellen nicht als unbillig erscheinen.

Der Vorstand des Städtetages sei sich darüber klar, daß die vorgeschlagenen Maßnahmen eine ungeheure Belastung der Bevölkerung bedeuteten. Sie seien aber getragen von dem festen Willen, alle Kräfte zur Überwindung der Schwierigkeiten zusammenzufassen. Die Gemeinden lehnten aber alle Vorschläge ab, die durch Zwangsbeschlüsse ihre Schwierigkeiten noch weiter erhöhen würden.

Letzte Nachrichten

Wiederansteigen des Steuereingangs

Nach dem Juli-Ausfall

W.B. Berlin, 14. Aug. (Priv.-Tel.) Nachdem im Juli infolge der Stokung des Zahlungsverkehrs und der Schließung der Banken ein Minderkommen der Steuern in Höhe von etwa 180 Mill. Reichsmark festzustellen war, ist, wie wir aus Kreisen des Reichsfinanzministeriums erfahren, bereits in den ersten zehn Tagen des August ein erheblicher Teil des Ausfalls des Steuerertrages wieder zugeflossen. Da die Stokung des Zahlungsverkehrs wieder aufgehört hat, rechnet man an zünftiger Stelle damit, daß der Juli-Ausfall in der zweiten Hälfte des August in noch stärkerem Maße wieder aufgeholt wird.

Die Verhandlungen mit den Gemeindearbeitern

W.B. Berlin, 14. Aug. (Priv.-Tel.) In einer Reihe von Zeitungen ist behauptet worden, daß die Verhandlungen, die zur Zeit im Reichsarbeitsministerium mit den Gemeindearbeitern geführt werden, gescheitert seien. Diese Meldung trifft, wie von zünftiger Stelle mitgeteilt wird, nicht zu. Die Verhandlungen sind zur Zeit noch in Gang.

Schwere politische Zusammenstöße

W.B. Jhede, 14. Aug. (Tel.) Nach einer stark besuchten sozialdemokratischen Parteiverammlung kam es gegen Mitternacht zwischen heimkehrenden Versammlungsteilnehmern und Nationalsozialisten, die starken Zugang von auswärtig erhalten hatten, an verschiedenen Stellen der Stadt zu schweren Schlägereien. Drei Reichsbannerleute und ein Nationalsozialist wurden so schwer verletzt, daß sie ins Krankenhaus gebracht werden mußten. Weiter waren noch etwa 20 bis 25 Reichsvertekte zu verzeichnen. Die Polizei griff mit allen verfügbaren Kräften ein und jäherte die Straßen.

Die Wirtschaftskrise in Amerika

Der Kontingentierungsplan für die Baumwollproduktion

W.B. London, 14. Aug. (Tel.) Der Korrespondent der „Times“ berichtet aus Washington, daß der Vorschlag des Federal Farm Board, über die Vernichtung eines Drittels der bestehenden Baumwollplantagen in Amerika, eine sehr gezielte Aufnahme gefunden habe. Der Korrespondent weist auf den „ebenso tragischen“ Zustand am Weizenmarkt hin und fährt fort, daß in Amerika das große Stabilisierungsprogramm, für dessen Durchführung der Federal Farm Board geschaffen wurde, für bankrott erklärt werde.

Die Wirkung der Verwirrung und Not in den Agrarstaaten könne unermesslich groß werden. Während es in den Landwirtschaftsgebieten bereits gäre und die Städte sich auf einen Winter mit größerer Arbeitslosigkeit denn je vorbereiten, hätten Hoover und seine Regierung auf dem Gebiete der Außenpolitik während der nächsten Monate eine Entscheidung von äußerster Wichtigkeit zu fällen. Es seien bereits Gerüchte darüber verbreitet worden, welcher Art die Aktion Hoovers in den Fragen der Abrüstung der Reparationen und Schulden sowie der Organisierung des Friedens in der ganzen Welt sein werde. Hoover werde aber nicht stark genug sein, so zu handeln, wie er handeln müsse, wenn das Land — wie dies unabweisbar der Fall sei — das Vertrauen in Hoovers Führung der innerpolitischen Angelegenheiten verliere.

Die Aufstände auf Cuba

W.B. Havanna, 14. Aug. (Tel.) Die Regierung hat Truppen in die Provinz Santa Clara geschickt, die den dort entbrannten Aufstand bekämpfen sollen. Kurz vor ihrer Ankunft haben die Aufständigen den Bahnhof von Sagana in Brand gesteckt und die Brücke über den Cuarcabuyastfluß in die Luft gesprengt, die Telegraphenleitungen zerstört und eine Menge von Waffen geraubt.

Präsident Machado hat sich heute nach einer Unterredung mit dem Gouverneur der Provinz Santa Clara, den Oberst Milan Amiel, entschlossen, den Aufständischen Amnestie für den Fall zuzusagen, daß sie binnen 24 Stunden die Waffen strecken. Die Abreise des Präsidenten an die Front hat zu Friedensgerüchten Anlaß gegeben, obwohl die Tatsache, daß der Kongreß sich vertagt hat und die Offiziere des Ruhestandes sowie die Reservisten einberufen worden sind, der Wahrscheinlichkeit solcher Gerüchte widerspricht.

Wirtschaftliche Umschau

Abbau des Not-Diskontes — Senkung der Mieten?

Die Reichsbank hat mit Wirkung vom Mittwoch an den Diskont von 15 Prozent wieder auf 10 Prozent herabsetzen können, während der Lombardzinsfuß, der 20 Prozent betrug, gleichfalls um 5 Prozent auf 15 Prozent gesenkt wurde, so daß die frühere Zinsrelation zwischen diesen beiden Kreditarten (2 Prozent) noch nicht wieder hergestellt wurde. Man will nun offenbar die weitere Entwicklung des Geldmarktes beobachten, bis man zur Wiedereröffnung der Wertpapierbörsen — man denkt hier an die Mitte der nächsten Woche — schreiten kann. Der Lombardzinsfuß bildet bekanntlich eine Voraussetzung für einen geregelten Wertpapierverkehr, und hier wird man natürlich bei der Unübersichtlichkeit der Lage auf den Effektenmärkten besonders vorsichtig sein müssen. Auch jetzt ist der Diskont mit 10 Prozent immer noch sehr hoch und belastet die Wirtschaft außerordentlich. Er betrug Anfang Juni 5 Prozent, erhöhte sich am 13. Juni auf 7 Prozent.

Die Maßnahme der Diskonterhöhung auf den enormen Satz von 15 Prozent hat sich, wie aus dem letzten Reichsbankausweis ersichtlich wurde, durchaus bewährt. Der hohe Zinsfuß hat nach Wiederaufnahme des Zahlungsverkehrs bei den Banken zu keiner sehr großen Beanspruchung geführt, und der Notenumlauf von 4,785 Milliarden liegt nunmehr nur noch 266 Millionen Reichsmark über der Vormonatssziffer, während vor 14 Tagen der Notenumlauf um rund 700 Millionen Reichsmark höher lag als an dem entsprechenden Datum im Vormonat. Dazu konnte die Reichsbank ihren Bestand an Deckungsdebitten um fast 61 Millionen Reichsmark erhöhen, wozu noch ein Goldzugang von 1,7 Millionen Reichsmark hinzutrat. Die Notendeckung ist nach dem letzten Ausweis auf 88,3 Prozent gestiegen und hat voraussichtlich inzwischen bereits wieder 40 Prozent erreicht. Ein großer Teil der vom Publikum zu Beginn der Krise gehamsterten Zahlungsmittel (rund 400 Millionen Reichsmark) ist wieder in den Verkehr zurückgeflossen.

Die Diskonterhöhung hatte bekanntlich zwei Zwecke; erstens, den Zahlungsmittelumlauf durch Verteuerung der Kredite zu beschränken und inflationistische Tendenzen zu verhindern, und zweitens den Zweck, durch eine entsprechende bessere Verzinsung den Abzug von Auslandsgeldern und Dividenden zu vermindern oder zu verringern, eventuell auch neue Dividenden hereinzubekommen. Da der englische Diskont erhöht wurde, legt schon die Notwendigkeit einer solchen Spanne der Reichsbank den Zwang an, auch beim weiteren Diskontabbau mit Vorsicht vorzugehen. Eine großzügige Zinsabbauaktion bleibt aber weiterhin die Hauptaufgabe der nächsten Zeit. Durch sie wird die Wirtschaft am wirkungsvollsten angekurzt und auch der Beschäftigungsgrad verbessert, d. h. die Arbeitslosenzahl verringert. Übrigens hat die Wiederaufnahme des Zahlungsverkehrs auch die Kasseneingänge beim Reich erheblich gebessert, so daß das Reich in der Lage war, den bei der Reichsbank aufgenommenen Betriebsmittellkredit zurückzahlen. Die Reichsbank kündigt selbst an, daß sie ihrerseits alles versuchen werde, was geeignet sei, weitere Diskonterhöhungen zu ermöglichen.

In der letzten Zeit ist die Anregung laut geworden, auf irgendeine Weise die Mieten zu senken, um von hier aus zu einem Teil in wirksamer Weise die Lebenshaltungskosten zu vermindern. Es handelt sich hier um eine besonders schwierige Frage, an der ja schon lange ohne Ergebnis gearbeitet wird, da die Mietpreise im ganzen von der Höhe der Zinsen abhängig sind, d. h. dem wirklichen Zinsniveau, nicht den durch öffentliche Zuschüsse verbilligten Kapitalzinsen für den Wohnungsbau. Diese Zuschüsse müßten ja von irgendwoher kommen und wir wissen, daß sie aus Steuern, insbesondere den Hauszinssteuern (in Baden Grund- und Gebäudesteuer) kamen. Obendrein müßten die sogenannten Hauszinssteuern in immer weiterem Umfang zur Deckung der Ausgaben für allgemeine Zwecke verwendet werden, so daß die Altmietler außerdem auch noch in ihren Mieten eine allgemeine Steuer enthalten sehen.

Es ist ferner richtig, daß die Rente des Hausbesitzers infolge der Lasten an Zinsen, Steuern, Betriebs- und Erneuerungskosten nur sehr gering ist, und daß hier ein weiterer Abbau unmöglich erscheint. Es ist vorgeschlagen worden, die Hauszinssteuer durch eine auf die

einzelnen Grundstücke hypothekarisch einzutragende Rentenschuld abzulösen, aber der Hausbesitz führt dagegen mit Recht an, daß eine solche Umwandlung zur Entwertung der Grundstücke und schließlich zur Kündigung der Hypotheken führen müßte, und noch viel drückender wirken müßte als die gegenwärtige Hauszinssteuer, zumal die Grundstückspreise schon so gesunken seien, daß nicht nur nachstellende Hypotheken außerhalb der Deckungsgrenzen liegen, sondern selbst erstellte Hypotheken mitunter nicht mehr voll gedeckt seien. Es wäre deshalb allenfalls nur die Eintragung einer sehr niedrigen Rentenschuld möglich, während auf der anderen Seite das Erträgnis der Hauszinssteuern für den Kleinwohnungsbau und allgemeinen Finanzzwecken gar nicht entbehrt werden kann. Die verschiedentlich schon eingetretenen Senkungen der Mieten für in wirtschaftlicher Not befindliche Familien, verringern gleichfalls die Erträgnisse der Hauszinssteuern und erschweren so durch die Verringerung der Einnahmen der Länder weiter die Möglichkeiten für eine allgemeine Herabsetzung der Mietpreise. Grundverschieden sind bekanntlich außerdem die Verhältnisse bei den Altbau- und Neubauwohnungen. Bei den Neubauwohnungen, die bereits etwa den siebenten Teil der Zahl der Gesamtwohnungen in Deutschland ausmachen, sind ja die Mietpreise, trotz aller öffentlichen Hilfen, schon übersteigert und können auch nicht gesenkt werden, weil sich ihre Höhe nach den Zinsen richtet, und das heutige hohe Zinsniveau die Neubau-tätigkeit, d. h. das Angebot an Wohnungen, allmählich wieder einschränken wird. Daran ändern die Verhältnisse in einzelnen Großstädten wenig, wo ein Überfluß an Wohnungen und sonstigen Mieträumen herrscht. Denn dieser Überfluß ist nicht an billigen und kleinen Wohnungen vorhanden, die bei der heutigen Wirtschaftsdpression am meisten gesucht sind. Mit Recht sollen daher jetzt öffentliche Mittel ausschließlich zur Stützung des Kleinwohnungsbaus verwendet werden.

Ein anderes Projekt ist die Einführung einer Wohnraumsteuer, unter Aufhebung der Hauszinssteuern in ihrer jetzigen Form. Nach entsprechender Senkung der Mieten soll eine entsprechende Besteuerung des Mietwohnraumes bei den Mietern (also nicht mehr bei den Hausbesitzern) erfolgen, und zwar gestaffelt nach der Größe des jeweils beanspruchten Wohnraumes, wobei man die untersten Staffeln sehr niedrig halten will. Dadurch würde zunächst lediglich die bisherige Sonderbelastung des Hausbesitzes auf den Mieter gelegt; ob dadurch eine Senkung der Mieten erfolgen kann, ist sehr fraglich.

Der Hausbesitz selbst verlangt im Gegensatz zu allen gesetzlichen Sonderregelungen die Rückkehr zur freien Wohnungswirtschaft und völlige Aufhebung der Hauszinssteuern. Er erklärt, daß durch die Hauszinssteuern dem Altbesitz die Bereicherung weggesteuert werden sollte, die ihm aus der Abwertung der Hypotheken zugewachsen war, daß aber dadurch auch die Häuser entwertet wurden, so daß der Hausbesitzer mitunter sein Haus auch nur mehr für den Staat verwalte, brachten ihm nicht bisher — nun beginnt das auch schon anders zu werden — Geschäftsräume und Läden bessere Erträgnisse. Infolge der Bevorzugung des Wohnungsneubaus, der Wandlung der Wohnbedürfnisse und des Niederganges der Wirtschaft drohe dem Altbesitz der Verlust des letzten Teiles der Rente.

Ghandi geht nicht nach London. Ghandi hat dem Vizekönig von Indien mitteilen lassen, daß es ihm nicht gut möglich sei, sich nach London zur Round-Table-Konferenz zu begeben.

Ein badischer Gelehrter Teilnehmer an der Artikelfahrt des „Graf Zeppelin“. Wie erst nachträglich bekannt wird, hat an der Artikelforschungsfahrt des Luftschiffes „Graf Zeppelin“ auch ein gebürtiger Badener, Universitätsprofessor Dr. August Karolus, Leipzig (gebürtig aus Reichen im Kraichgau), teilgenommen. Prof. Karolus hat sich als Gelehrter und Forscher auf dem Gebiete der Fernbildübertragung einen Namen gemacht.

Volksschauspiel Detigheim. Das Andreas-Hofer-Spiel war am Verfassungstag von einer großen Anzahl Schulaner aus der näheren und weiteren Umgebung besucht. Ebenso nahmen auch mehrere Vereine und Gesellschaften sogar aus dem fernen Erzingen am Spielbesuch teil. Das Lebensschicksal eines freilebenden Volkes und seines Führers, das vielfach Anklänge an die Jetztzeit hat, hinterließ auf der groß angelegten Naturbühne trotz des nicht günstigen Wetters bei allen Besuchern, insbesondere auch bei der Schulljugend, die tiefsten Eindrücke. Bei besserem Wetter wäre der Verfassungstag sicherlich zu einem der besten Spieltage geworden. Für alle, die das schöne Spiel noch nicht besucht haben, besonders auch für jene, denen eine Urlaubsreise in diesem Jahre nicht möglich ist, sei die Karole: „Auf zum Spielbesuch nach Detigheim!“

Freilichtaufführung vor der Stiftskirche in Baden-Baden. Salzburg hat auch in Baden-Baden Schule gemacht: Die Direktion der städtischen Schauspiele wird am Sonntag und in der kommenden Woche an zwei weiteren Tagen Hofmannsthal's „Jedermann“ vor der Stiftskirche am Marktplatz aufzuführen. Wegen tausend Sitzplätze werden errichtet werden. Die Orgel und die Glocken der Stiftskirche sind zur Verfügung gestellt worden, so daß die Aufführung an dieser historischen Stätte wohl ein großes Ereignis werden wird.

Nur noch viermal Faust-Spiele in Staufen. Die im Vorjahr und diesen Sommer in Staufen aufgeführten Faust-Spiele von dem Heimatdichter Hermann Ahs waren auch in diesem Jahre bis jetzt von nah und fern, besonders auch von Ausländern sehr gut besucht und erfreuten sich einer vorzüglichen Aufnahme. In diesem Jahre kommen die Spiele nur noch viermal zur Aufführung, und zwar am 15. August (Maria Himmelfahrt) und den darauffolgenden Sonntagen, den 16., 23. und 30. August. Da eine Aufführung, um den Spielern einmal Ruhe zu gönnen, in den nächsten Jahren wohl nicht stattfinden dürfte, wird es sich für alle Freunde eines gediegenen Freilichtspielers empfehlen, diese vier Spieltage noch auszunützen.

Durchführung der Devisenverordnung Erleichterungen des Verkehrs

Das Reichswirtschaftsministerium hat eine weitere Ergänzung der Richtlinien für die Devisenbewirtschaftung den Landesfinanzämtern zugeleitet. Die Richtlinien bringen eine Reihe technischer Erleichterungen des Verkehrs, die das Ergebnis eingehender Verhandlungen mit dem Spitzenverband des Bankgewerbes ist.

Inbesondere sind gewisse Geschäfte mit Devisen, die nach der Devisenverordnung genehmigungspflichtig sind, von der Genehmigung freigestellt worden, soweit sie von den von der Reichsbank anerkannten Devisenbedingungen durchgeführt werden. Ferner ist angeordnet worden, daß zur Bezahlung von **Warenschulden im innerdeutschen Verkehr** Devisen nur zugewiesen werden dürfen, wenn es sich um die Erfüllung einer vor dem Inkrafttreten der Devisenverordnung entstandenen Forderung handelt, oder wenn für Geschäfte der betreffenden Art die Zahlung in effektiver ausländischer Währung handelsüblich ist. Dadurch soll der neuerdings um sich greifenden volkswirtschaftlich nicht gerechtfertigten Fakturierung in effektiver ausländischer Währung entgegengetreten werden.

Schließlich wurde festgestellt, daß zur Errechnung der 3000 RM., bis zu denen nach § 11 der Devisenverordnung eine Person während eines Kalendermonats Geschäfte, die nach der Devisenverordnung an sich genehmigungspflichtig wären, frei vornehmen kann, der Erwerb von Devisen und die Verfügung über anderweitig erworbene Devisen sowie der Erwerb ausländischer Wertpapiere und die Verfügung über solche Papiere als ein einheitlicher Tatbestand gelten. Ebenso gilt die Einräumung von Reichsmarktkrediten zugunsten eines Ausländers und die Abtretung von Markforderungen an einen Ausländer als ein einheitlicher Tatbestand.

Hoover-Plan und Reparationen

„New York Times“ nimmt zu einer an sich harmlos erscheinenden Einschaltung in Artikel 3 des Londoner Moratoriumsabkommens über die Rückzahlung der gestundeten Veträge Stellung. Das Blatt bezeichnet den dort eingeschobenen Zwischenatz: „falls keine andere Vereinbarung erfolgt“, als ein offenes Eingeständnis, daß das Problem der Rückzahlung erst künftigen Verhandlungen überlassen bleibt, und daß eine grundlegende Wandlung der gegenwärtigen Situation gesucht werden müsse. Dieser Zwischenatz sei zugleich eine Aufforderung an die beteiligten Regierungen, sich unverzüglich mit einer Neuregelung des Fragenkomplexes unter Zugrundelegung neuer Voraussetzungen zu befassen.

Eine Rundfunkrede des New Yorker Oberbürgermeisters

In einer Sonderveranstaltung der Rundfunkgesellschaft in Verbindung mit der National Broadcasting Company von America, sprach am Donnerstag im späten Abend vom Hotel Adlon in Berlin aus der Bürgermeister von New York, James Walker, über alle deutschen Sender zu den deutschen Hörern, über alle amerikanischen Sender zu den Amerikanern. Die Rede wurde ins Deutsche übersetzt.

Walker wies einleitend darauf hin, daß diese Gelegenheit einer Rundfunkveranstaltung wohl einzigartig sei in der Geschichte des Radio. Heute seien zum erstenmal sämtliche deutschen Sender und sämtliche großen Sender der Vereinigten Staaten in einer großen Kette zusammengeschlossen, die ein Gebiet umfaßten mit einer Einwohnerzahl von über 200 Millionen Menschen. Er gab seiner Freude darüber Ausdruck, daß er auf diesem Wege seine Grüße in die Heimat senden könne. Er habe das Gefühl, daß das amerikanische Volk dem deutschen Volk dank schulde. Deutsche hätten mitgewirkt beim Aufbau und Ausbau seiner großen Heimatstadt New York. Die New Yorker und alle Amerikaner sollten aber doch mehr von Deutschland wissen, um den Mut und die Widerstandskraft des deutschen Volkes in der schweren gegenwärtigen Krise richtig würdigen zu können. Zum Schluß betonte Walker, er habe das feste Vertrauen, daß Deutschland wieder hochkommen werde und seiner Bestimmung gerecht werden würde.

Der Konkurs des Tebaheims

Das Amtsgericht Berlin-Mitte hat nun das Konkursverfahren über das Vermögen der im Evangelischen Bauparlamenten vereinigten Deutsch-Evangelischen Heimstätten-Gesellschaft (Tebaheim) und der Deutschen Entschuldungs- und Zwangsparat (Deuzag) eröffnet. Etwa 20 000 kleine Sparer werden durch die verkündete Eröffnung des Konkursverfahrens schwer getroffen. Seit etwa einem Jahre waren Gerüchte verbreitet, daß die 16 1/2 Millionen Reichsmark, die kleine Leute in diesen beiden Gesellschaften einbezahlt hatten, in der Hoffnung, nach einer gewissen Zeit einen Kredit zu bekommen, mit dem sie sich ein eigenes Haus erbauen könnten, in große Gefahr geraten seien. Die Sparer brachten den beiden Bauparlamenten um so größeres Vertrauen entgegen, als hinter ihrer Gründung evangelische Kreise, nämlich der Zentralausschuß für Innere Mission stand. Auch der ehemalige Kaiser hatte Interesse für die Deutsch-Evangelische Heimstätten-Gesellschaft gezeigt und ihr ein Darlehen von 300 000 Reichsmark gegeben, das aber zurückbezahlt wurde.

Zeitungsverbote. Der Oberpräsident der Rheinprovinz hat mit sofortiger Wirkung die „Ameisich-Westfälische Zeitung“ in Essen wegen eines Wahlvertrates auf die Dauer von vierzehn Tagen verboten. — In der Provinz Pommern wurde die in Stettin erscheinende Wochenzeitschrift „Der pommersche Landbund“ mit sofortiger Wirkung bis zum 28. August einschließlich verboten. — Ebenso hat die Regierung von Oberfranken die in Koburg erscheinende nationalsozialistische „Nationalzeitung“ auf vierzehn Tage verboten. Das Verbot erfolgte wegen eines Artikels, in dem die Regierung eine Verächtlichmachung des Stadtkommissärs erblide und wegen dessen auch bereits die Beschlagnahme des Blattes erfolgte.

Die kommunalistische Propaganda unter der Jugend. In der Jugendherberge Finsterbergen (Thüringen) wurde von der SPD-Bezirksleitung Großhüningen ein Kursus zur Ausbildung von Funktionären abgehalten. Bei einer plötzlich vorgenommenen Durchsichtigung durch die Polizei wurden der Lehrer und 41 Personen bei der Staatsanwaltschaft wegen dringenden Verdachtes der Vorbereitung zum Hochverrat zur Anzeige gebracht.

Ein weiteres Todesopfer der Unruhen am Bülowplatz. In Berlin verstarb der 55jährige Kaufmann Max Stern aus der Prenzlauer Str. 18, der bei den Unruhen am Bülowplatz einen Bauchschuß erhalten hatte. Damit hat sich die Zahl der Todesopfer bei den Unruhen am Bülowplatz auf vier erhöht.

Die amerikanische Farmbehörde lehnt das deutsche Baumwollkaufangebot ab. Associated Press meldet aus Washington: Die Farmbehörde hat Deutschlands Angebot bezüglich des Baumwollkaufes abgelehnt und beschlossen, direkte Käufe durch den Baumwollhandel vorzunehmen.

Die Geschwister Reins ausgeliefert

BRN, Berlin, 14. Aug. (Priv.-Tel.) Die Geschwister Reins sind nach mehrmonatlicher Dauer des Auslieferungsverfahrens nun endlich vor einigen Tagen von Genua über die Schweiz nach Deutschland, und zwar zunächst bis zu der badischen Grenzstation Lössach, gebracht worden, wo sie ins Gerichtsgefängnis eingeliefert wurden. Da sie nach deutschem Recht unverzüglich dem Richter vorgeführt werden müssen, der Richter in Lössach aber über ihre Beteiligung an dem Berliner Geldbrieffälschermord nichts Näheres weiß, hat sich der Berliner Untersuchungsrichter sofort nach Lössach begeben, um Reins und seine Schwester, die in getrennten Transporten dorthin gebracht worden waren, einer umfassenden Vernehmung zu unterziehen, damit nunmehr das Verfahren möglichst beschleunigt wird.

Kurze Nachrichten

Der Reichspräsident in Dietramszell. Der Empfang des Reichspräsidenten von Hindenburg in Dietramszell (Oberbayern) gestaltete sich wieder besonders herzlich. Eine große Menschenmenge begrüßte den Reichspräsidenten mit brausenden Hochrufen. Aus einem Fenster des Schlosses sprach der Reichspräsident zu der immer wieder in begeisterte Rufe ausbrechenden Menschenmenge: „Ich danke Ihnen von Herzen für den Empfang. In dieser schweren Zeit tut mir das besonders wohl!“ Der Aufenthalt des Reichspräsidenten ist auf etwas über drei Wochen vorgesehen.

Der französische Besuch. Wie aus Berlin gemeldet wird, soll die Entscheidung darüber, ob der geplante Besuch des französischen Ministerpräsidenten Laval und des Außenministers Briand in Berlin, noch in den letzten Tagen dieses Monats stattfinden wird, erst heute abend fallen.

Ein Parteitag des Deutschen Landvolkes (Christlich-Nationale Bauern- und Landvolkpartei) in Berlin, hat als Nachfolger des verstorbenen Ernst Döber das bisherige Vorstandsmittglied von **Honenschild-Tscheide** einstimmig zum Parteiführer gewählt. Dieser erklärte u. a., das Landvolk könne nicht einer Reichsregierung folgen, die sich in Abhängigkeit von der jetzigen Kreuzenpolitik befindet. Die programmatischen Erklärungen wurden einstimmig gebilligt.

Der Vorstand des Deutschen Städtetages wählte Bürgermeister Dr. Weber, Königsberg, zum geschäftsführenden Vorstandsmittglied. Dr. Weber wird im Deutschen Städtetag gleichzeitig das Finanzdezernat verwalten.

Eisenbahn und Kraftwagen. Der Reichsverband des Deutschen Groß- und Überseehandels hat in einer der Reichsregierung übermiesenen Erklärung Einspruch gegen etwaige Absichten erhoben, die Gesetze und Maßnahmen zur Regelung des Wettbewerbs zwischen Eisenbahn und Kraftwagen auf dem Wege der Verordnung zu veröffentlichen. Die betroffenen Wirtschaftskreise wollen gehört werden.

Deutsche Stahlwerke für Südafrika. Das deutsche Stahlindustriat hat einen Auftrag auf Lieferung von 6250 Tonnen Stahlwerkstoffen für Südafrikanische Bahnen erhalten. Dieser Lieferungsvertrag umfaßt den weitaus größten Teil der gesamten Kontrakte für die Lieferung von Stahlwerkstoffen, die sich auf insgesamt 9250 Tonnen belaufen und ausschließlich nach dem Kontinent gegangen sind, obgleich Konkurrenzangebote führender britischer Stahlfabriken vorliegen.

Die Eingeborenenkämpfe in Südafrika. Die Zusammenstöße zwischen Eingeborenen in Natal haben, wie aus Pietermaritzburg gemeldet wird, mit der Verhaftung ihres „Präsidenten“ Ceba und 200 seiner Anhänger ihr Ende gefunden.

Die Heimjungen Ghinas

In dem Viertel in Hankau, das vor wenigen Tagen von einer schweren Überschwemmungskatastrophe heimgesucht wurde, ist ein verheerendes Feuer ausgebrochen. Hunderte von Personen sollen ums Leben gekommen sein.

Durch weitere **Woltenbrüche** ist die Not in den bereits schwer heimgesuchten Gebieten Ghinas noch gewachsen. Der Gelse Fluß trat über die Ufer, und die vor kurzem wiederhergestellten Deiche barsten, was den Einsturz von 500 Häusern verursachte. Zahlreiche Personen blieben unter den Trümmern. Durch das Hochwasser des Kaiserkanals sind mehrere Eisenbahnlinien beschädigt worden. Der Reispreis auf dem Markt in Schanghai ist um 40 Proz. gestiegen.

Kleine Chronik

Das Verkehrsflugzeug München-Böblingen, das auf der Schwäbischen Alb bei Auerdorf wegen Regens und Nebel eine Landung vornehmen wollte, streifte dabei an einen Baum und stürzte einen Steinbruch hinunter. Verletzt wurden die beiden Piloten, darunter der Flugzeugführer Karl Schöner, von den Fluggästen Direktor Wiener aus Starnberg bei München schwer und drei weitere Personen leicht.

Der deutsche Flieger von Gronau startete Donnerstag nachmittags in Neufchatel (Island), um nach Scoresbyfjord auf Grönland zu fliegen, da das von ihm zunächst in Aussicht genommene Etappenziel in Angmagssalik Sturmweiser meldete.

Die Temperaturen im **Allgäu** lagen am Mittwoch in den Höhenlagen vielfach um den Gefrierpunkt. In den Bergen ist — und das in den Hundstagen! — bis zur Waldbegrenze Neuschnee gefallen.

Die beiden Münchener Leo Dittler und Fritz Rehm sind im **Montblanc-Gebiet** tödlich abgestürzt. Sie hatten versucht, die Jozafte-Gruppe von der Nordseite her zu besteigen. Diese Besteigung ist bisher noch nie versucht worden.

In der Nähe des Dammtorbahnhofes in Hamburg wurde in der Nacht zum Donnerstag das **Fergaleis** nach Altona durch ein Hindernis aus Baumtrümmern, das mit einem Stein festgelegt war, gesperrt. Eine Güterzuglokomotive, die auf das Hindernis aufzufuhr, wurde leicht beschädigt. Der Lokomotivführer hatte rechtzeitig die Bremsen ziehen können, so daß größeres Unheil vermieden werden konnte.

In **Weißensee** wurden weitere sieben Kommunisten verhaftet, die Mitglieder des Kampfbundes gegen den Faschismus sind und im Verdacht stehen, an den öffentlich zum Ausdruck gebrachten Bedrohungen gegen den Polizeioberleutnant Böder beteiligt zu sein.

Heute nacht wurde in einer Straße in **Bielefeld** bei Lyon ein von zahlreichen französischen, spanischen und italienischen Arbeitern bewohntes **Miethaus** durch eine Explosion zum Einsturz gebracht. Etwa 30 Personen, darunter 10 Kinder, sind unter den Trümmern begraben. Vier Leichen und 12 leichtverletzte Personen konnten bis jetzt geborgen werden.

In dem portugiesischen **Macao** bei Hongkong ist ein **Munitionsbepfer**, vermutlich durch Selbstentzündung, in die Luft geflogen. Man schätzt die Zahl der Toten auf 26, die der Verwundeten auf 66. Fast alle Häuser Macaos wurden beschädigt. Der Schaden wird auf 200 000 Pfund Sterling geschätzt. Man vermutet Selbstentzündung.

Badischer Teil

Der Zahlungsverkehr bei den Sparkassen

Von Seiten der Sparkassen wird mitgeteilt: Die große Bedeutung eines gut und reibungslos funktionierenden Zahlungsverkehrs für das wirtschaftliche Leben eines Volkes ist selten deutlicher zutage getreten als in den letzten Wochen, in denen ihm aus den bekanntesten Gründen bedauerliche, aber notwendige Beschränkungen auferlegt werden mußten.

Einzahlungen und Auszahlungen sind beide voneinander abhängig; genügend Einzahlungen insbesondere sind auf die Dauer Vorbedingung für die Auszahlungen. Für die Zwecke der täglich notwendigen Auszahlungen der Sparkassen, Renten usw. dienen in der Hauptsache die Kassen, die bei ihnen durch Einzahlungen herbeikommt. Gehen die Abhebungen einmal vorübergehend über die Einzahlungen hinaus, so greifen die Geldinstitute auf ihre Kassenreserven zurück. Diese reichen in den vergangenen Wochen deswegen nicht aus, weil in unverhältnismäßig großem Umfang Rückzahlungen verlangt, andererseits aber die Einzahlungen aus unnötigen Besorgnissen eingeschränkt wurden. Durch behördliche Auszahlungsbeschränkungen und infolge der Einsicht der Sparer konnten erzielbarerweise größere Kreditföndigungen vermieden werden, durch die sonst die wirtschaftliche Not und Arbeitslosigkeit noch gesteigert worden wäre.

Ein normaler Geldverkehr setzt also auf die Dauer voraus, daß sich wieder das frühere normale Verhältnis, also ein Überwiegen der Ein- über die Auszahlungen oder wenigstens das Gleichgewicht zwischen beiden einstellt. Jeder einzelne hat es also in der Hand, zur Inangriffnahme des Zahlungsverkehrs beizutragen, indem er nur Abhebungen in Fällen wirklichen Bedarfs vornimmt, seine freien Gelder dagegen zur Kasse bringt. Durch jede unnötige Abhebung, durch jede hinausgeschobene Einzahlung wird den Sparkassen ihre Arbeit zur finanziellen Förderung der örtlichen Wirtschaft erschwert und der Sinn des normalen Zahlungsverkehrs ins Gegenteil gekehrt.

Kombinierter

Reichsbahn-Kraftpostbetrieb

Nach dem zwischen der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft und der Deutschen Kraftpost am 1. Juni v. J. in Kraft getretenen Abkommen über den Gemeinschaftsbetrieb sind im Bereich des Reichsbahnverkehrs für das Kraftpostwesen für die Direktionsbezirke Karlsruhe, Frankfurt a. M., Köln, Stuttgart, Trier und teilweise Buppertal im Benehmen mit der Kraftpostbetriebsleitung Südwest in Frankfurt a. M. eine Reihe von Vereinbarungen zustande gekommen, die eine betragsmäßig erhebliche Erleichterung des Ausflugsverkehrs bringen.

Im Anschluß an bestehende Reichsbahnverbindungen wurden für die hauptsächlichsten Ausflugsorte der Woche, Mittwoch, Samstag und Sonntag, Postkraftverbindungen nach besonders beliebten Ausflugsplätzen eingerichtet, ebenso auch für die Rückfahrt. Die Fahrkarten für diese Kraftpostverbindungen sind ermäßigt; sie werden bei den Fahrkartenausgaben der Reichsbahn ausgegeben. Eine weitere vorteilhafte Vereinbarung besteht darin, daß das Gepäck nach den Postanstalten dieser Kraftpostlinien durchgehend abgefertigt wird. Diese Postanstalten geben auch umgekehrt Fahrkarten für die Reichsbahnstrecken aus und fertigen das Gepäck ebenfalls durchgehend ab.

Schweizer Aufwertungsanfrage an die Stadt Baden-Baden. Der Bürgerausschuß Baden-Baden hatte sich in einer vertraulichen Sitzung mit der Frage zu befassen, ob er mit der Schweizer Eidgenossenschaft einen gültigen Vergleich abschließen wollte, oder einen unüberwindlichen Prozess zu führen bereit war. Es handelt sich um Fortkriegsanleihen in Höhe von fast 7 Millionen Mark, die zum Bau der Straßenbahn, der Bergbahn und von Schulhäusern verwandt wurden. Der Stadtrat schlug eine gültige Einigung vor, auf Grund welcher der Aufwertungsbeitrag, der sich wesentlich unter der gesetzlichen Maximalgrenze hält, in 22 Jahren zurückbezahlt werden kann. Der Bürgerausschuß stimmte mit großer Mehrheit dieser Zahlungsregelung zu.

Freiburger Fremdenverkehr in der Krise. Im Monat Juli 1931 (1930) haben in Freiburg i. R. 18 742 (24 851) Fremde genächtigt. Davon waren Inländer 14 311 (19 381) und Ausländer 4431 (5000). Der starke Rückgang entfällt also fast durchweg auf die Inländer. Er ist vor allem auf die zahlreich abgesetzten Stiftungsfeste zurückzuführen.

Literarische Neuerscheinungen

Charles und Mary Lamb: Erzählungen aus der Shakespearischen Welt. Deutsche Neuausgabe von Prof. Dr. Eugen Wolbe. Vier Bände. Neclams Universal-Bibliothek. Nr. 7144, 7145, 7146, 7147. Gebunden je 40 Pf., zusammen in einem Ganzleinenband 2,40 Pf. (Verlagsbuchhandlung Philipp Neclam jun., Leipzig). — Dieses Werk, das die Stoffe der Shakespearischen Dramen und Komödien in Form von farbigen, spannenden und fein ausgeführten Novellen erzählt, ist in England weit verbreitet und wird auch in Deutschland Erwachsenen und der reiferen Jugend eine Quelle der edelsten Unterhaltung sein. Zur Einführung in die Welt Shakespeares gibt es kein geeigneteres Buch als diese „Tales from the Plays of Shakespeare“, die der große englische Dichter und Essayist Charles Lamb gemeinsam mit seiner Schwester Mary verfaßt, und die Professor Dr. Wolbe hier mit feinsten Einführungen ins Deutsche übertragen hat. Mit Ausnahme der Königsdramen sind alle Shakespearischen Stücke in den Erzählungen behandelt.

Josef Fonten: Zwischen Rhone und Wolga. Landschaftsbilder I. Mit einem Vorwort von Prof. Dr. Erich von Drygalski. Neclams Universal-Bibliothek. Nr. 7142. Geb. 40 Pf. — Josef Fonten ist nicht nur berühmter als bedeutender Erzähler, sondern auch als hervorragender Geograph, dessen „künstlerische Erdbeschreibungen“ europäischer und amerikanischer Landschaften sozusagen eine neue Art dieser Wissenschaft begründet haben. In ihnen verbinden sich Anschauungskraft, Schilderungsgabe, Neben des Dichters mit dem Wissen, den Beobachtungen des weiseren Forschers zu einem einzigartigen Ganzen lebendig-anschaulicher Wissenschaft. Als erstes von drei Bänden erscheinen hier europäische Landschaftsbilder aus Deutschland, Frankreich, Italien, der Schweiz und Rußland, die uns Europa in all seiner charakteristischen Vielfalt und Besonderheit leben lassen. Auch dem Schulunterricht in Geographie und Literatur geben diese Schilderungen Belebung und Vertiefung. Die Einleitung schrieb der bekannte Geograph und Südpolarforscher Prof. Dr. von Drygalski.

Max Wild: In geheimem Auftrag an der Ostfront. Aufzeichnungen eines deutschen Nachrichtenoffiziers. (Verlag Ullstein, Berlin. Preis broschiert 3 RM., Ganzleinen 4,50 RM.). — Aber die dunkelsten Seiten des Krieges, über Erscheinungen, die der Öffentlichkeit bisher fast unbekannt waren, berichtet Oberleutnant Max Wild in seiner Tatsachenschilderung „In geheimem Auftrag an der Ostfront“. — Wild wurde als

80. Geburtstag Dr. Carl Bittmanns

Der hochverdiente frühere Direktor des Badischen Gewerbeaufsichtsamtes, Geh. Oberregierungsrat Dr. phil. et rer. pol. h. c. Carl Bittmann, der in Freiburg i. Br. im Ruhestand lebt, feiert am 15. August seinen 80. Geburtstag. — Der Staatspräsident hat dem Jubilar zu diesem Tage ein herzlich gehaltenes Glückwunschsreiben übersandt.

Aus der badischen Industrie

Kurzarbeit bei Lang AG. Mannheim. Die Firma Seirich Lang AG. teilt mit, daß sie infolge von Vereinbarungen mit ihrer Belegschaft im Herbst 1930 im Laufe des Frühjahrs 1931 mehr Arbeiter in den Betrieb eingestellt hat, als bei schwacher Beschäftigung erforderlich gewesen wäre. Die Folgen des 13. Juli, zu denen besondere Schwierigkeiten der Erneuerung kamen, fielen gerade in die Hauptverkaufszeit für Landmaschinen. Da das Verkaufsgeschäft früher nachgelassen hat wie in anderen Jahren, wird auch die stets in jedem Herbst eintretende Verminderung der Belegschaft in diesem Jahre früher erfolgen müssen. Im Entlassung nur in möglichst geringem Umfang durchzuführen, wird Kurzarbeit eingeführt, deren Umfang noch nicht endgültig festgelegt werden kann. Sollten weitere Einschränkungen im Laufe des Herbstes oder Winters aus wirtschaftlichen Gründen notwendig werden, so ist, wie im vorigen Jahre, die zeitweise Stilllegung einzelner Werkstätten geplant.

Der Betrieb bei der Schuhfabrik S. Weil Söhne in Rastatt, die insolvent geworden ist, wurde am Mittwoch wieder aufgenommen. 180 Arbeiter und Arbeiterinnen aus Rastatt werden damit wieder in den Produktionsprozeß eingegliedert. Es sollen vorläufig sämtliche Restbestände des Unternehmens ausgegearbeitet werden. Man nimmt an, daß hierfür drei bis vier Wochen notwendig sein werden. Ob der Betrieb nach dieser Zeit auch weiterhin aufrechterhalten werden kann, steht allerdings noch nicht fest. Der Status des Unternehmens per 31. Juli 1931 weist an Passiven 2 208 880 RM auf. Es ergibt sich eine Gesamtverschuldung von 1,43 Mill. Reichsmark.

Aus der badischen Landwirtschaft

Schlechte Aussichten für die unterbadische Hopfenenernte. In etwa einer Woche wird in Unterbaden die diesjährige Hopfenenernte einsetzen, in einigen Frühhopfenorten wie Kronau schon in einigen Tagen. Die Aussichten sind für die Hopfenpflanzler in diesem Jahre besonders trübe. Wieben im letzten Jahre schon zahlreiche Hopfenärten wegen der schlechten Hopfenpreise ungeerntet stehen, so dürfte dies erst recht in diesem Jahre der Fall sein, da nach Ansicht der Hopfenproduzenten die Preise nicht besser sein werden als im Vorjahr. Für die Hopfenenernte des Wieslocher Siegelbezirks erwartet man Durchschnittspreise von 30 RM, für die besten Qualitätsarten Unterbadens aus Sandhausen und Ballorf etwa 50 RM. Die Qualität der Hopfen wird der des vorigen Jahres entsprechen. Angesichts der zu erwartenden Preise dürfte die Lage sich in diesem Jahre so gestalten, daß die Hopfenpflanzler nur die besten Hopfen abernten können und die minderwertigen hängen lassen müssen, weil für sie kein Käufer zu finden sein wird.

Tagungen

In der Landbestagung der badischen Steinmetzmeister und Steinbildhauer in Heidelberg wurde mitgeteilt, daß der Verband der pfälzischen Bildhauer und Grabmalgeschäfte und der Fachverband des Saargebietes sich dem badischen Verband angeschlossen haben. Sie werden zusammen einen Verband bilden, der den Namen führt: „Landesverband der Steinmetzmeister und Steinbildhauer in Baden, Pfalz und Saargebiet“. Der Sitz des Verbandes wird jeweils am Wohnort des Vorsitzenden sein. Die nächste Verbandstagung soll in Reutstadt a. d. S. stattfinden.

Badische Sängertagung in Endingen. Vom 5. bis 6. September findet in Endingen a. R. die Landbestagung des Badischen Sängerbundes statt. Vertreter aller Bundesvereine des ganzen badischen Landes werden zu diesem Zwecke nach Endingen a. R. kommen.

Der XIX. Deutsche Berufsschulungsausschuß. Der Deutsche Verein für Berufsschulwesen hat auf Anraten des Deutschen Städtetages beschlossen, den XIX. Deutschen Berufsschulungsausschuß im Oktober in Mannheim stattfinden sollte, mit Rücksicht auf die ungünstige wirtschaftliche Lage nicht abzuhalten.

Sohn eines Försters geboren; seine Abenteuerlust trieb ihn nach Polen und Rußland, wo er im Erzbau ein Vermögen erwarb, das er in Afrika als Farmer bei einer Naturkatastrophe restlos verlor. In Deutschland errang er sich nach seiner Rückkehr bald wieder eine hervorragende Stelle, diesmal in der Automobilindustrie. Da brach der Krieg aus. Dank seiner Kenntnisse in den östlichen Sprachen, seiner glänzenden Eigenschaften als Automobilist, als Jäger und Reiter kam er ins Hauptquartier Ost zu Hindenburg und Ludendorff. Bald nahm er eine ungewöhnliche Vertrauensstellung ein und erhielt schwierige Aufgaben zur Lösung. So kommt es, daß Wild in das unheimliche Gewirre der Spionage und Gegenespionage, die düstere Tragik des Kriegsverrats, die furchtbaren Gefahren der Sabotage im Rücken der kämpfenden Armeen Einblick gewinnt und den Schleier des Geheimnisses von diesen Vorgängen ziehen kann. Wohl selten sind Mannesmut und Charakterstärke auf eine höhere Probe gestellt worden, als bei diesem Deutschen, der auch vor den Gefahren der Erschießungskommission, in den Kerker russischer Gefängnisse, in den Torturen tagelanger Verhöre sich seine Geheimnisse nicht entziehen läßt. Einem Zufall verbannt er die Erhaltung seines Lebens, seinem Glück das Gelingen einer abenteuerlichen Flucht durch die Weite des russischen Reiches und seine Rückkehr nach Deutschland.

Rheinland von Herbert Eulenberg. Mit vielen Zeichnungen von F. M. Janen und Otto Pantol. Farbiger Umschlag von Walter Trier. (Kart. 3,80 RM, Leinen 4,80 RM, München, Piper). — Ein neuer Band, schon der zwölfte, der bekannten Führer „Was nicht im Badener steht!“, welche besseren Bearbeiter für das Rheinland hätte der Verlag wohl finden können, als Herbert Eulenberg, den geborenen Rheinländer. Das ist wirklich erlebt und geschaut und so kenntnisreich, daß nicht nur der Reisende, sondern auch der Einheimische viel an dem Buche lernen kann. Eulenberg führt uns mit Lust und mit Laune, zu Fuß und zu Wagen, durch das Gebiet von Kantien bis Bingen, durch die Täler der Mosel, Ahr und Lahn und durch die Eifel bis nach Aachen. Aber große und kleine Städte, über Schlösser und Burgen, über Klöster und Abteien und nicht zuletzt über die kleinen alten Weinstöcker und die Weine selbst erzählt er tausend unterhaltende und instruktive Dinge. — Ein hervorragender guter Beitrag ist übrigens auch das Buch „Reizig“ von Hans Reimann. Der treffliche Humorist ist bekanntlich selber Reiziger und also für die Abfassung der Bücher besonders zuständig. Er hat sich hier jedoch beinahe selbst überboten.

Gemeinderundschau

Bürgermeisterwahlen. In Tiefenbach bei Eppingen ist Bürgermeister Emmerich, der seit 1904 an der Spitze der Gemeinde stand, in den Ruhestand getreten. — In Stigheim (Amt Rastatt) ist auch der dritte Wahlgang ergebnislos verlaufen, so daß nunmehr ein Gemeindevorstand von Amts wegen bestellt werden muß. — In Rutenbach (Amt Rastatt) ist die Bürgermeisterwahl ergebnislos verlaufen. Es entfielen auf den Holzbildhauer Wilh. Nobs 57 Stimmen, auf den bisherigen Bürgermeister Wähmann 55 Stimmen. Außerdem erhielten Sattlermeister Winterhalder und Josef Koberer je ein Stimme, während sechs Stimmzettel ungültig waren.

Baugeldzuteilung der Landesbauparasse, Mannheim. Bei der am 6. August stattgefundenen 6. Baugeldzuteilung der Badischen Landesbauparasse gelangten 182 000 Reichsmark zur Verteilung. Berücksichtigt wurden 26 Bauparater mit Beiträgen bis zu 30 000 Reichsmark.

Erwerbslosenkurse in Heidelberg. Der Stadtrat Heidelberg beschloß, für die Weiterführung der Erwerbslosenkurse, die sich gut bewährt haben, einen Betrag von 5000 RM zur Verfügung zu stellen.

Aus der Landeshauptstadt

Friedrich Wolff Ehrensenator der Technischen Hochschule. Friedrich Wolff, der Seniorchef der Firma Wolff & Sohn in Karlsruhe, wurde aus Anlaß seines 70. Geburtstages zum Ehrensenator der Technischen Hochschule Karlsruhe ernannt.

Wagenfahrten auf dem Oberrhein. Es wird uns geschrieben: Zweifellos genießt im Urteil der Fremden die unvergleichliche Romantik des von Burgen umfäumten, mit Nebenbetränzten Mittelrheins einen natürlichen Vorzug. Man darf aber darüber nicht vergessen, daß der „Rater Rhein“ auf seinem ausgedehnten Lauf auch in anderen deutschen Gauen verlockende Eigenschaften in seiner Natur und Landschaft zur Schau trägt. Die letzte Station der Köln-Düsseldorfer Personenschiffahrt, deren schmale Dampfboote und moderne Motortorpedos auch den Oberrhein befahren, ist Karlsruhe (Anlegestelle im Rheinhafen). Ab Karlsruhe hat man Gelegenheit, rheinabwärts auf regelmäßigen Kursfahrten (an Sonn- und Feiertagen, Montags, Dienstags, Samstags) Germersheim, Speyer, Mannheim-Ludwigshafen und Worms zu erreichen (mit weiteren Anschlüssen). Besonders beliebt bei Einheimischen und Fremden sind ferner die zum Wochenende eingelegten Kaffe- und Abendfahrten — abends Tanz an Bord — an Samstagen und Sonntagen bzw. an Samstagen und Montagen ab Karlsruhe. Die Dampferausflüge vermitteln einen nicht alltäglichen abwechslungsreichen Genuß von der malerischen Schönheit der Oberrheinschlucht. Auskünfte und Fahrpläne sind kostenlos vom Verkehrsverein Karlsruhe zu beziehen.

Karlsruhe als Ausgangspunkt der Schwarzwald-Autohöhenstraße. Vom Verkehrsverein Karlsruhe wird mitgeteilt, daß gegenwärtig auf der Strecke Karlsruhe—Erlingen—Völkersbach—Freioldsheim—Gaggenau, mit dem Anschluß an das Hauptglied der Route über Baden-Baden—Freiburg (Feldberg)—St. Blasien bis Konstanz (Bodensee), die letzten Vorkarrierungen für Ausbau und Markierung der Anfangsstrecke in die Wege geleitet bzw. schon vollständig durchgeführt worden sind. — Die badische Landeshauptstadt Karlsruhe, die in ihrer bevorzugten geographischen und Verkehrslage auch an der Linienführung der geplanten internationalen „Saxraba“—Autofernstraße (Hamburg—Frankfurt—Basel) aufs engste beteiligt sein wird, ist Ausgangspunkt der landschaftlich hervorragend begünstigten Autohöhenstraße über den Schwarzwald. Der Beginn der Verkehrsstraße ist am südlichen Ausgang Karlsruhes, zwischen Albtalbahnhof und Hauptbahnhof gekennzeichnet.

Sonntagsrucksackfahrten für die Baden-Badener Rennen. Für die Baden-Badener Rennen, die vom 21. bis 30. August stattfinden, gibt die Reichsbahn in diesem Jahre von den Bahnhöfen im Umkreis bis zu 100 Kilometer von Baden-Baden entfernt auch an den Werktagen der Rennwoche Sonntagsrucksackfahrten nach Baden-Baden, Karlsruhe oder Rastatt aus, die allerdings nur eintägige Geltungsdauer haben. Von den Bahnhöfen Baden-Baden, Karlsruhe und Rastatt aus können die Besucher der Rennen nach Lösung von Sonderzugskarten die an den Renntagen nach dem Pfaffenweimer Rennplatz fahrenden Sonderzüge benutzen.

Rundendienst der Reichsbahn. Eine sehr zweckmäßige Drucksache stellt die Reichsbahndirektion Karlsruhe neuerdings kostenlos zur Verfügung. Es handelt sich um einen Faltprospekt im Taschenformat mit einer Übersicht sämtlicher Sonntagsfahrten ab Karlsruhe-Hauptbahnhof und ab Karlsruhe-Mühlburg mit den Fahrpreisen nach dem neuesten Stand nebst Abfahrtsstellen sämtlicher Züge ab Karlsruhe. Diejenigen Sonntagsfahrten, die auch an Mittwochnachmittagen ausgegeben werden, sind besonders kenntlich gemacht. Die Drucksache wird insbesondere bei Ferianausflügen gute Dienste leisten. Sie ist bei den Reise- und Verkehrsbüros sowie bei den Fahrkartenschaltern der Bahnhöfe kostenlos erhältlich.

Die Bahnsteigkarte berechtigt zum Betreten der Züge. Vielfach ist noch nicht bekannt, daß das Verbot, mit einer Bahnsteigkarte das Innere eines Eisenbahnwagens zu betreten, nicht mehr besteht. Eine neuere Tarifbestimmung vom 6. April erlaubt — woran hiermit erinnert sei — das Betreten der Züge mit Bahnsteigkarten unter der Voraussetzung, daß für einen Reisenden Handgepäck in den Wagen geschafft wird oder hilfsbedürftige Reisende oder Frauen untergebracht werden.

Der Schweizer Unterstufenverein Helvetia feierte anläßlich seiner letzten gutbesuchten Mitgliederversammlung kürzlich den Geburtstag der Eidgenossenschaft. Präsident Gähler, der in der Frühjahrsgeneralversammlung wie die übrigen Mitglieder des Vorstandes mit seltener Einmütigkeit wiedergewählt wurde, wies in seinen Begrüßungsworten auf die Bedeutung des Nationalfestes hin und übermittelte anschließend dem Redakteur Thomann (der gleich ihm aus dem Argauischen stammt) die herzlichsten Glückwünsche der Kolonie zu seinem 30jährigen Berufsjubiläum. Herr Thomann hielt darauf eine Ansprache über die staatliche Struktur der Schweiz und ihre völkerverbindende Mission. Er knüpfte daran den Dank für die deutsche und speziell badische und Karlsruher Gastfreundschaft. Die Rede lang aus in begeisterten Worten der Liebe und Anhänglichkeit zur Schweizer Heimat. Nachdem der lebhaft beifall derkungen war, sang man das Nationallied „Aufst du mein Vaterland“. Auch das hochverdiente Ehrenmitglied, Graebener, mahnte zum treuen Festhalten an altväterlichen Erbgut. Die erfolgreiche Tätigkeit der hochangesehenen Neuen Helvetischen Gesellschaft und des damit in Verbindung stehenden Auslandschweizerfretariats in Bern (Leiter Dr. Job) fand wiederum dankbare Anerkennung.

Sommer-Operette im Städtischen Konzerthaus. Freitagabend findet eine Wiederholung der Lehár'schen Operette „Die lustige Witwe“ statt, die bei jeder Aufführung die Zuhörer begeistert und Beifallsstürme auslöst. Die Vorstellung beginnt um 20 Uhr. Das Nähere ist aus der Tagesanzeige zu erfahren.

Wetterbericht der Badischen Landeswetterwarte Karlsruhe vom Freitagmorgen: Die Zufuhr von Kaltluft aus Nordwesten ist jetzt beendet. Eine neue atlantische Zykone hat bereits Westeuropa erfasst und dort bei südlichen Winden leichte Erwärmung gebracht. Auch bei uns wird es daher in den nächsten Tagen etwas wärmer werden. Eine durchgreifende Besserung der Wetterlage steht aber noch nicht in Aussicht, wenn auch mit leichter Auflockerung morgen gerechnet werden kann. — **Vorausgabe:** Etwas wärmer, auflockernd und vorwiegend trocken bei schwachen südöstlichen Winden.

Wasserstände: Waldshut 358 minus 22, Basel 176 minus 28, Schutterinsel 240 minus 27, Neßl 380 und, Maxau 573 plus 18, Mannheim 479 plus 4, Gaub über 200 Jtm.

Kurze Nachrichten aus Baden

Gerichtliche Nachspiele

D3. Mannheim, 13. Aug. Am 17. Mai kamen Mitglieder der Freien Turnerschaft Lodenburg — 59 Kinder, 13 Frauen und 9 Männer — von einem Ausfluge von Großschäfen am Ortsausgang von Lodenburg an, als vier Autos mit etwa 80 bis 100 Nationalsozialisten aus der Stadt zogen. Der Führer der Kindertruppe hob zur Dirigierung der Kinder auf den Gehweg in der üblichen Weise seinen Stock an beiden Händen in die Höhe. Ein 17jähriger Junge trug einen schwarz-rot-goldenen Wimpel. Das war wohl die Ursache, daß die SS-Leute des letzten Wagens plötzlich abprangen und über den Arbeiter Wilhelm Sauer, den Gutmacher Storch und seinen Bruder herfielen und sie aufs schwerste mißhandelten. Der Fall kam nunmehr zur Aburteilung vor das Schöffengericht. Von 5 Angeklagten wurden 4 mangels Beweises freigesprochen. Der 21 Jahre alte ledige Kaufmann Kurt Eham aus Gernsbach erhielt drei Monate Gefängnis.

D3. Offenburg, 13. Aug. Die beiden Nationalsozialisten aus Oppenau, die am Dienstag wegen Verleumdung des badischen Innenministers Maier verhaftet worden waren, standen heute vor dem Schnellrichter. Sie erhielten je 2 Wochen Gefängnis. Die Verurteilten hatten aus Heu und Kleibern eine Puppe hergestellt und auf der Kurpromenade an einem Baum aufgehängt. Darüber war eine Schlagzeile aus dem „Führer“ angebracht, worauf es hieß: „Die Niederlage des Herrn Maier.“

D3. Mannheim, 14. Aug. Auf dem Mannheimer Mehlsplatz gastierte zur Zeit der Firtus Fuchs, der allabendlich vor dem hell erleuchteten Firtuszelt ein Standkonzert veranstaltet. Diesen Umstand benutzten die Kommunisten gestern abend, um Sprechstühle zu bilden, die Miße gegen die Regierung Brüning und die politischen Gegner der Kommunisten ausstießen. Die Polizei hatte zunächst große Mühe, die Mißer festzustellen und aus der Menge herauszuholen. Nachdem das Überfallkommando eingeschritten war und mehrere Verhaftungen vorgenommen wurden, war die Miße wieder hergestellt und der Firtus konnte mit seiner Vorstellung beginnen.

D3. Mannheim, 14. Aug. Gestern nachmittag starb im Städtischen Krankenhaus Schlossermeister Josef Vieber im Alter von 64 Jahren, der langjährige Präsident der Mannheimer Karnevals-Gesellschaft „Feuerio“. Auch im Mannheimer Handwerksleben spielte der Verstorbene eine bedeutende Rolle. Er gründete vor 35 Jahren die Mannheimer freie Schloßerinnung und wurde Mitbegründer des Süddeutschen Schlossermeisterverbandes und der süddeutschen Schlosserinnungen.

Bl. Buchen, 13. Aug. Hiesige junge Burschen warfen in einer Synagoge und im Presseverein und außerdem an öffentlichen und privaten Gebäuden Fenstersteine ein. Außerdem wurden zahlreiche anlässlich des Verfassungstages geklebte Reichsfahnen heruntergerissen. Die Aufsichtsorgane verfolgen eine bestimmte Spur und hoffen, die Täter in kürzester Zeit festzustellen.

Bl. Baden-Baden, 14. Aug. In der letzten Stadtratssitzung gab der Bürgermeister bekannt, daß der Schaden, der durch das letzte Hochwasser entstanden ist, sich mindestens auf 100 000 M belaufen wird. Allein die Reparaturen im Oosbett beanspruchen eine wochenlange Arbeit. Star gelitten haben auch die Waldwege, die zum Teil von Grund aus erneuert werden müssen. Der Stadtrat wird noch in dieser Woche die Schäden besichtigen und dann sofort die Arbeiten ausführen.

D3. Kaltenbrunn, 13. Aug. Im Forstamtsbezirk Kaltenbrunn wird der durch das Unwetter der letzten Woche verursachte Schaden auf rund 500 000 M geschätzt.

D3. Bühl, 13. Aug. Trotz des anhaltend schlechten Wetters war gestern nachmittag wieder ein Getreidemarkt zu verzeichnen. Der Preis für die Frühweizensorten betrug 16—16½ Reichspfennige. Die Anfuhr betrug über 4500 Jtm. und der Verkauf war ein sehr guter.

Bl. Waldshut, 14. Aug. Im Kastelburger Wald wurde gestern ein Liebespaar erschossen aufgefunden. Die 24 Jahre alte Frau Maute geborene Jauch, die hier zu Besuch weilte und seit einiger Zeit von ihrem Manne getrennt lebte, wies einen Schuß in die Schläfe auf. Der 24 Jahre alte Gelegenheitsarbeiter August Fuchs aus Waldkirch hielt die Erschossene im Arm und gab, als man die Weiden auffand, noch schwache Lebenszeichen von sich. Heute morgen ist er im Billinger Krankenhaus gestorben.

Bl. Schopfheim i. Wiesental, 13. Aug. In der Ausschussung der Allgemeinen Ortskrankenkasse Schopfheim wurde bekanntgegeben, daß auf Grund der Notverordnung und der schlechten wirtschaftlichen Verhältnisse in den ersten sechs Monaten 1931 ein Defizit von rund 21 000 M vorhanden sei. Nach längeren Beratungen wurde einer Beitragserhöhung von ¼ Prozent zugestimmt.

Bl. Waldshut, 13. Aug. Unter dem Druck der revolutionären Gewerkschaftsopposition ist es bei dem Kraftwerkbau Albrun-Dogern zu wilden Streiks gekommen. Seit Freitag voriger Woche sind 52 Arbeiter in den Ausstand getreten. Ihnen folgten am Dienstag die Druckluftarbeiter, von denen aber mit dem heutigen Tage bereits ein Teil die Arbeit wieder aufgenommen hat. Die Arbeiter, die 90 Pf. Stundenlohn und 10 Proz. Zulage erhalten, fordern Bezahlung als fachgelehrte Mineure mit einem Stundenlohn von 116 Pf. zuzüglich ebenfalls 10 Proz. Zulage. Der Arbeitgeber hat das Verlangen unter Berufung auf ein Urteil des Arbeitsgerichts Vöhrach aus dem Jahre 1928 abgelehnt. Die Arbeiter sind keine fachgelehrten Mineure und ihre Arbeiten sind auch nicht als solche zu bewerten.

Handel und Wirtschaft

Börsen und Geldmarkt

Das Hauptinteresse wandte sich in der vergangenen Berichtswoge der Frage der Wiedereröffnung der Börse und der Herabsetzung des Diskontsatzes der Reichsbank zu. Beide Fragen stehen miteinander in enger Verbindung. Unter anderem wären die festverzinslichen Werte, insbesondere die Pfandbriefe, die vor der Geldkrise nur noch mit 7 Prozent ausgeleht, wenn der Reichsbankdiskont nicht einigermaßen mit ihrem Zinsfuß in Einklang gebracht würde. Freilich wird auch in den Kreisen der Hypothekendarlehen die Ansicht vertreten, daß bei Wiederaufnahme des Pfandverkehrs eine so reichliche Nachfrage nach Goldpfandbriefen zu erwarten sei, daß das inzwischen aufgestaute Angebot ziemlich restlos unterzubringen wäre. Einwärtigen zeigt sich auch tatsächlich Nachfrage nach festverzinslichen Werten im Freiverkehr. Auch dürfen indessen laut Notverordnung vorerhand nicht veröffentlicht werden.

Die Reichsbank hat rascher, als man es erwartet, nicht aber als man es gewünscht hatte, den Reichsbankdiskont herabgesetzt. Der Geldmarkt ist jetzt außerordentlich flüssig geworden. Im Wirtschaftskreislauf sind, wie die Reichsbank selbst feststellte, auch sonst Anzeichen einer unmerklichen Besserung vorhanden.

Auf dem Produktienmarkt haben sich die Freigabe des Zahlungverkehrs und die Wiedereröffnung des handelsrechtlichen Lieferungsmarktes für Getreide als eine Stütze für die Preisbildung ausgewirkt. Dazu kam, daß Deckungskäufe vorgenommen wurden und daß das Angebot so knapp war, daß es der Kaufkraft nicht entsprach. Unter diesen Umständen gestaltete sich der Getreidemarkt außerordentlich fest.

Noch keine Entscheidung über die Wiedereröffnung der Börsen. Die Sitzungen des Berliner Börsenvorstandes, die sich insbesondere mit der Frage der Wiedereröffnung der Börsen befaßten, endeten ohne positive Beschlüsse. Die Besprechungen, unter anderem auch in den zuständigen Ministerien, dürften aber voraussichtlich in Kürze fortgesetzt werden. Insbesondere handelt es sich hierbei um die Regelung des Terminverkehrs, die Festsetzung des Zeitpunktes der Regulierung und die Frage der Abwicklung der bei Wiedereröffnung der Börse noch schwebenden Zeitgeschäfte. Da die Reichsregierung und die Länderregierungen an einer gleichzeitigen Wiedereröffnung der Börsen und einer gleichmäßigen Regelung für alle preussischen und deutschen Börsen ein lebhaftes Interesse haben, wird der Berliner Börsenvorstand zunächst auf eine möglichst beschleunigte Klärung dieser Fragen bestrebt sein.

Die Finanzierung der Ernte. Die Deutsche Rentenbank-Kreditanstalt ist durch Bereitstellung von Mitteln seitens des Reiches in die Lage versetzt worden, den getreideverarbeitenden Betrieben, welche Roggen, Weizen oder Getreide inländischer Herkunft diesjähriger Ernte aufnehmen, nach Lieferung der Ware auf Antrag eine Zinsverbilligung der hierzu in Anspruch genommenen Wechselkredite zu gewähren.

Der Londoner Feingoldpreis. Nach einer Bekanntmachung des Reichsbankdirektoriums vom 12. August d. J. beträgt der Londoner Goldpreis für eine Unze Feingold bis auf weiteres 84 sh 10%, d. h. für ein Gramm Feingold 32,7495 Pence.

Staatsanzeiger

Staatsprüfung für den mittleren technischen Dienst im Maschinenwesen und in der Elektrotechnik.

Die Nachgenannten haben die im Juli 1931 abgehaltene Staatsprüfung für den mittleren technischen Dienst im Maschinenwesen bestanden und hierdurch nach der Verordnung vom 24. Januar 1925 die Berufsbezeichnung:

„staatlich geprüfter Maschinenbaumeister“

erlangt.
Vender Artur aus Mannheim, Bohner Hermann aus Karlsruhe, Faulhaber Kurt aus Offenburg, Gek Wilh. Martin aus Leiningen, Kerber Otto aus Heidelberg, Ketterer Josef aus Wolterdingen, Leibbrand Ludwig aus Mannheim, Möhner Eugen aus Griesingen, Müller Hans aus Mannheim, Müller Walter aus Heilbronn a. N., Sauter Ludwig aus Karlsruhe, Schmitt Alfred aus Karlsruhe bei Bruchsal, Schmitt August aus St. Wendel-Altstätten, Schred Fritz aus Waldkirch i. Br., Schweinlin Emil aus Marzell, Seibert Josef aus Bruchsal, Stetter Ludwig aus Vöhrach.

Die weiter Genannten haben die im Juli 1931 abgehaltene Staatsprüfung für den mittleren technischen Dienst in der Elektrotechnik bestanden und hierdurch nach der Verordnung vom 24. Januar 1925 die Berufsbezeichnung:

„staatlich geprüfter Elektrotechniker“

erlangt.
Blud Max aus Karlsruhe, Braun Heinrich aus Düsseldorf, Bühler Adolf Wilh. aus Schiltach, Fritz Wilh. aus Obenheim i. Gf., Gairis Erich aus Karlsruhe, Hammerschmitt Anton aus Lauda, Heimerger Walter aus Stendal, Hentel Karl aus Basel, Jäger Fritz aus Durlach, Leonhardt Max aus Colmar i. Gf., Maich Hans aus Karlsruhe, Mammitzsch Alfred aus Mannheim, Müller Friedrich aus Griesbach, Obergfell Theodor aus Grünningen, Schenk Otto aus Durlach, Schindwein Leop. aus Karlsruhe, Schmid Hans aus Degerfelden, Schreiber Karl aus Karlsruhe, Schwarz Karl aus Karlsruhe, Singer Alfred aus Wiesloch, Volk Max aus Karlsruhe, Weiss Paul aus Ettenheim, Winkler Friedrich aus Elm a. D., Wolf Emil aus Karlsruhe, Wütherich Gustav aus Gingen a. N., Zimmer Karl aus Karlsruhe.

Karlsruhe, den 10. August 1931.

Der Minister der Finanzen.

J. A.: Dr. Mühe.

Lebensrettung.

Dem Herrn Kaufmann Karl Kubach in Sennfeld, der am 28. Juni 1931 durch mutvolles, entschlossenes Handeln den 12 Jahre alten Volkshühler Wilhelm Fütterer aus Sennfeld vom Tode des Ertrinkens in der Sedach gerettet hat, spreche ich hiermit

eine öffentliche Belobung

aus.
Das Rettungswerk ist um so mehr anzuerkennen, als der Retter durch die Folgen eines früheren Unfalles beim Rettungswerk stark behindert war.

Mannheim, den 12. August 1931.

Der Landeskommissär:

Dr. Schöffelmeier.

Personeller Teil

Ernennungen, Beförderungen, Zuruhebesetzungen usw. der planmäßigen Beamten

Aus dem Bereich des Justizministeriums.

Ernannt:

Justizassistent August Scheyer beim Landgericht Offenburg zum Justizsekretär.

Zugewiesen:

Justizobersekretär Josef Scheyer, zur Zeit zur Kreisverwaltung Konstanz beurlaubt, dem Amtsgericht Mannheim.

Berufen:

Justizrat Dr. Otto Müller in Weßkirch nach Emmendingen, Gerichtsverwalter Karl Andauer beim Amtsgericht Gengenbach zum Amtsgericht Wülheim, Justizobersekretär Robert Kuhmaul beim Amtsgericht Wülheim zum Amtsgericht Gengenbach.

Zur Ruhe gesetzt:

Ranglektretär Christian Oflermann beim Amtsgericht Lahr bis zur Wiederherstellung seiner Gesundheit.

Abertritt in den Ruhestand kraft Befehles:

Landgerichtspräsident Dr. Hermann Bleicher in Waldshut auf 1. November 1931.

Fußleidende!



„An Alle, die bei uns Rat u. Hilfe gesucht haben!“

Für das rege Interesse an den kostenlosen Vorführungs-Tagen verbindlichst dankend, bitte ich Sie, sich auch fernherhin vertrauensvoll der sach- und fachgemäßen

„Gerwi-Fußpflege und Fußbehandlungen“

des Herrn Fuß-Pflege-Spezialisten und Wund-Heilers G. Witt in Karlsruhe, Girschstraße 19 anzuvertrauen. Bestellungen auf meine Fußvorsetts „Original-Ruge“ werden mir ebenfalls durch Herrn Witt übermittelt, da ich den Alleinvertrieb derselben für Karlsruhe und Umgebung diesem übergeben habe. Jedem Paar liegt ein Garantieschein bei. Für tadellose Ausführung in meiner Werkstatt bürgt mein Ruf und Name. Das Fußvorsett „Original-Ruge“ ist keine überflüssige Reklamation, sondern es besteht seit 1912 und gilt heute noch als vollendet in seiner Wirkung.

Besteht, Nachahmungen sind im Verkehr!

(Zeitgemäße preiswerte Berechnung.)

Schachtungsvoll!

Fußhygieniker

W. Ruge, Berlin NO 18

B. 78. Karlsruhe. Ueber das Vermögen der Firma B. Borgwardt & Co. (Inhaber Kaufmann Bruno Borgwardt in Karlsruhe, am Stadtgarten Nr. 7, Herrenkonfektion, wurde heute vormittag 11 Uhr das Vergleichsverfahren zur Abwendung des Konkurses eröffnet. Vertrauensperson ist Rechtsanwalt Weischer, Karlsruhe, Reuterbergstr. 3. Vergleichstermin ist am Dienstag, 8. September 1931, vormittags 11½ Uhr, vor dem Amtsgericht Karlsruhe, Akademiestr. Nr. 8, II. Stock, Zimmer 139. Der Antrag auf Eröffnung des Verfahrens nebst Anlagen sowie das Ergebnis der weiteren Ermittlungen sind auf der Geschäftsstelle zur Einsicht der Beteiligten niedergelegt. Karlsruhe, den 10. August 1931. Geschäftsstelle des Bad. Amtsgerichts A 1.

Ausschreibung

Auf Grund des Erlasses des Herrn Ministers der Finanzen vom 20. Januar 1928 werden für das Nebengebäude Chir. Klinik ausgeschrieben:

1. Zimmerarbeiten (ca. 110 cbm);
2. Dachdeckerarbeiten (Ecutadach);
3. Blechenerarbeiten (Kupfer);
4. Kunststeinanitararbeiten.

Angebotsvordrucke ab 15. VIII. 31 auf dem Baubüro Med. Klinik, Zimmer 19, jeweils vorm. 11—12½ Uhr. Zeichnungen und Bedingungen liegen auf dem Baubüro nach auswärts. Angebote sind bis Samstag, den 22. VIII. 31 in obigem Büro verschlossen mit entsprechender Aufschrift einzureichen. Eröffnung 11 Uhr vormittags beginnend in obiger Reihenfolge. Zuschlagsfrist 6 Wochen. R. 603

Bad. Bezirksbauamt Freiburg i. Br., Klinikbaubüro.

Anzeigen in der

Karlsruher Zeitung

(Bad. Staatsanzeiger)

haben großen Erfolg



Gommer-Operette im Stadt-Konzerthaus

Samstag, 15. August 1931

Zum erstenmal

„Ich hab' mein Herz in Heidelberg verloren“

Singspiel von Fredy Ruymond

Dirigent: Bilger

Regie: Pruscha

Mitwirkende:

Löfer, Fehner, Biegler, Kurt, Lederer, Macher, Janl, Kubach, E. Ribinius, Reihner, H. Ribinius, Schleich, Hindemann, Gsch, Schmitz, Pruscha, J. Sonntag, J. Sonntag

Anfang 20 Ende geg. 23

Preise 1—4 Mk

So. 16. 8. „Ich hab' mein Herz in Heidelberg verloren“

Druck G. Braun, Karlsruhe.

BEILAGEN

DER

KARLSRUHER ZEITUNG

BADISCHER STAATSANZEIGER

Zentralhandelsregister für Baden

Badischer Zentralanzeiger für Beamte

Wissenschaft und Bildung

Badische Kultur und Geschichte

Badische Wohlfahrtsblätter

Ämliche Berichte des Bad. Landtags

machen sie zu einem viel-

beachteten Insertionsorgan

Insertieren auch Sie

Sie werden bestimmt zufrieden sein